



Antrag an das Studierendenparlament der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Forderung nach mehr Transparenz bei der Vergabe von Drittmitteln

Antragsteller: DIE LINKE.SDS Münster

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Das Rektorat und die jeweils nachgeordneten zuständigen Stellen sollen bei der Vergabe von Drittmitteln zu jedem Semesterbeginn, spätestens zum Zeitpunkt der ersten Sitzung des Studierendenparlaments eines jeden Semesters eine genaue und vollständige Aufstellung der eingeworbenen Drittmittel an das Studierendenparlament und den AStA-Vorsitz übersenden. Zusätzlich sollen diese Informationen auf der StuPa- und AStA-Website und auf der Internetseite der Universität selbst veröffentlicht werden.

Begründung:

Zwar schmückt sich die Universität in Pressemitteilungen (z.B. <http://cgi.uni-muenster.de/exec/Rektorat/upm.php?rubrik=Alle&neu=0&monat=200908&nummer=11844>) und bei den preisgegebenen Informationen im Internet mit den Vorzeigeprojekten, die durch die Drittmittelwerbung ermöglicht wurden. Es ergibt sich aber eine große Informationslücke, wenn man die Kosten der vorgestellten Projekte vom Gesamtbetrag der Drittmittel abzieht. Die Studierenden und auch die interessierte Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu erfahren, wie die Hochschule und insbesondere einzelne Forschungsprojekte finanziert werden.

Die Linke.SDS Münster lehnt Drittmittel jeglicher Art ab, da Forschung und Lehre grundsätzlich frei von Beeinflussung sein müssen. Die Finanzierung von Bildung muss aus öffentlicher Hand geschehen, da sie damit demokratisch kontrollierbar ist.

Wie man bei Jürgen Friedrichs in seinem anerkannten Lehrwerk „Methoden empirischer Sozialforschung“ nachlesen kann, ist der Entdeckungszusammenhang, also der „Anlass [...], der zu einem Forschungsprojekt geführt hat“ (Friedrichs 1990: 50) von entscheidender Bedeutung für den Verlauf der Forschung und ist unbedingt anzugeben. Moderne wissenschaftliche Arbeit beruht auf Transparenz und Intersubjektivität und diese ist bei dem momentanen Vorgehen der Universität nicht gegeben.